

Bezugspreise:

für 6 Monate monatlich bei postmöglicher Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich 5,25 Mark, durch die Post 2,50 Mark, ansonst Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Code-Zustellung eingetragene. Für unversichert eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Code-Zustellung gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1740, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Laube-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigepreise:

Die 8 gefalteten 34 mm breite Millimeterzeile über deren Raum 60 Pfg., Familienanzeigen 40 Pfg., Restlinien die 92 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen a. sämtliche Anzeigengattungen. Anzeigensatz 8 alle, Erchein täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Straußstraße 17, Postfach 52 und Markt 24, Postfach-Roma Leipzig Nr. 4609.

Nr. 435.

Halle, Freitag, den 17. September 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Kamenew als Schieber und Fälscher.

Anschuldigungen gegen den Minister Dr. Hermes — Unruhen in Kärnten — Einleitung von Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Indien.

Aix-les-Bains — Giolitti — Deutschland.

Von einem sehr guten Kenner Italiens wird der „Dena“ geschrieben: Die Tage von Aix-les-Bains sind in eine friedliche Vorkamer ausgefallen. Aber die Schmalen der amtlichen Hasensalbung, die sich in das Ohr aller Völker, sogar auch Käuflands einjuchseln sollen und nur das arme Deutschland nicht an der Musik teilnehmen lassen, täuschen keinen Einsichtigen darüber hinweg, daß sich die Dissonanzen der an jenem Konzert beteiligten Völker keinesfalls so leicht auflösen lassen, wie es der schwungvolle Orchesterleiter, Herr Millerand, glauben machen will. Luzern war das Vorbild. Aix-les-Bains das Zwischenstück. Und wo wird das Nachspiel sein? Ueber das Ergebnis von Luzern haben auch die italienischen Zeitungen wenig Positives geschrieben. Man mußte zwischen den Zeilen lesen. Aber man konnte von jenen, die einen genauen Einblick in das keine Unrecht Giolittisches Politik haben, hören, daß diese Zusammenkunft viel Wasser in den italienischen Wein gegossen hat, daß Giolitti nun ungerne der Aufforderung des englischen Premiers gefolgt ist und daß das auswärts Ministerium alles tat, um jenen Besprechungen das Gepräge einer harmlosen Konversation zu geben. Graf Strozzi ist nicht nach Luzern gegangen. Wie er nicht? Die englische Politik handelte nur folgerichtig, wenn sie treu ihren sonstigen Gepflogenheiten eine Konzentrierung der schwebenden Fragen vermindert und auf die italienischen Sorgen nur scheinbar, aber durch feinerliche bestimmte Konzeptionen einging, weil sie es bei dem wachsenden Mißtrauen an der Seine für tattisch klug hielt, französischer Eitelkeit einmal wieder entgegenzukommen und es daher Giolitti überließ, das Geschäft diesmal mit Paris zu machen. Lloyd George wird sicherlich von Herrn Millerand etwa erzählten Reingewinn für andere, aber sehr englische Zwecke zu gegebenem Zeit liquidieren. Die italienischen Meldungen klingen weit nüchtrener als die herausfahrenden Artikel der Pariser Presse. Die offizielle „Stampa“ betont, daß in der Außenpolitik keine gemeinsame Front geschaffen sei und Italiens Handlungsfreiheit gewahrt bliebe. Die übrige Presse interpretiert die Konferenz je nach Parteistellung verschieden. Ob der nüchtere Ton des offiziellen Organs echt ist oder ob die Regierung den nach Osten orientierten Sozialisten, die noch über den schroffen Ton des Communiqués gegen Kärntnerland im Anschluß an die Luzerner Tage aufgebracht sind, nicht das wahre Gesicht zeigen will? Man darf nicht vergessen, daß es bei Giolitti mit einem gewiegten Diplomaten zu tun hat, der, wie die Hasensalbung erkennen läßt, einen Fehler nicht wiederholen will und jede Festlegung auf eine bestimmte osterrussische Politik ablehnt. Wir wissen auch nicht, wie hoch der Kaufpreis war, den Italien für eine freie Hand an der Adria, vor allem zu unseren Lasten, zahlen mußte. Wir in Deutschland hatten keine Verhandlungen, in der Luzerner Konferenz, die eine Abgabe an Ausland zur Folge hatte und damit einen wesentlichen Stein aus dem Programm der wirtschaftlichen Orientierung Italiens herausbrach, einen Abbau deutsch-italienischer Beziehungen zu erleichtern, oder von Lloyd George etwa gewinnhaft wäre. Ein solches Verlangen brauchte England um so weniger zu stellen, als die Beziehungen Deutschlands und Italiens zunächst noch als eine ferne Zukunftsmusik anzusehen sind, während die wirtschaftliche Hörigkeit Italiens England gegenüber sehr unmittelbarer und konkreter Natur ist. Wir in Deutschland dürfen uns hierüber keine Illusionen machen. Die Abhängigkeit Italiens allein von der englischen Kohle ist so groß, daß für uns nur die Speien übrig bleiben, welche nicht der englische Markt bestellbar. Der Restteil, den Luzern für uns haben könnte, lag in der vielleicht schmerzhaften Abtretung der Angelegenheit an den französischen Kontinenten. Und was wir von Italien nach Aix-les-Bains zu erwarten haben, wird uns erst die Zeit und eine kluge Zurückhaltung lehren. Es hängt davon ab, in welcher Tonaart London zunächst das Nachspiel antimmee, inwieweit es auf Genuß mit deutscher Beteiligung bestehen wird. Jedem Kenner italienischer Verhältnisse mußte es unzweifelhaft sein, daß Italien für eine wesentliche Erleichterung in seinen wirtschaftlichen, aber vor allem in seinen abstrakten Sorgen, deren Bekämpfung sich auch bei den radikalen Parteien nicht zu unterziehen ist, sehr hoch zahlen, und daß es hierfür eventuell Sympathien und bisherige Mißbilligung seiner Politik opfern würde. Die italienische Politik, italienisch zu leben, haben wir aber ebenso wenig gelernt, wie im Kriege die englische Politik englisches und die amerikanische amerikanisch zu verstehen. Als das Kabinett Nitte zum zweimaligen Wiederkehr endgültig in die Verantwortung versandt und das noch nicht erklärte

Freigebig des Kassisten Giolitti herhalten mußte, um die widerstreitenden Interessen der Parteien und die hoch aufgereagten Wogen sozialistischer Wutstöße so weit als möglich zu vereinen, hofften viele in Deutschland, daß der Abschluß eines Zweibundes Deutschlands-Italiens nur noch eine Frage von Tagen sei. Sie glaubten immer noch, daß die Opposition Giolittis gegen den Krieg im wesentlichen aus dem Gefühl des Unlustes gegen die aus dem Dreibund übernommene Verpflichtung erwachsen war und übersehen, daß dieser „Oppositionelle“ nur den Wortführer für die wirkliche Stimmung der Bevölkerung abgab, daß er eine italienische Politik und nicht eine englische wollte, wie sie Salandra gemacht hat. Hatte Italien die Garantie gehabt, in drei Monaten den Krieg stetig zu beenden und hätten die Truppen mit dem König an der Spitze in Trent und Triest ihren Einzug halten können, wer hätte sich wärmer für einen Waffenstillstand eingekauft als Giolitti? Viele Geistespolitiker bei uns warteten bisher vergebens auf Freundschaftserklärungen aus dem Munde des römischen Premiers, nachdem es Nitte offensichtlich leichter gefallen war, in der Zeit der ersten Entscheidung über die italienische Friedenspolitik dem Volke einen Bund mit Frankreichs ererbtem Feind zu verkaufen. Sie werden jetzt zu Tode betrübt sein. Hierzu liegt aber ebenjener Veranlassung vor. Unleugbar spricht vieles für ein Zusammengehen beider Länder und die leitenden Stellen Italiens wissen recht gut, was trotz Aix-les-Bains der slavische Block für sie bedeutet und was dieser vielleicht erst bedeuten würde, wenn Ausland wieder erstarkt wäre. Deutschlands wohlwollende Neutralität schätzen sie für alle Eventualitäten richtig ein und suchen deshalb schon jetzt, wie in Südtirol, deutsche Empfindlichkeit zu schonen. Es mag auch sein, daß die Sympathien Giolittis und seiner Freunde für Deutschland groß sind, aber die gegenwärtige Lage Italiens verlangt von ihm, weber Deutschfreund noch Deutschfeind zu sein, sondern nur Italiener.

Die Anschuldigungen gegen Dr. Hermes.

Berlin, 15. September. (Sta. Med.) Gegen den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hermes sind schwere Anschuldigungen erhoben worden, die den Hauptausfluß des Reichsgeldes oder vielmehr fast das Genuß befähigen werden. Der Spezialreferent für Stofflosg-Diensten im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Lavallo hat am 18. August einen Brief an den Reichsernährungsminister geschrieben, der jetzt vollständig veröffentlicht wird und genauen Einblick in die gegen den Minister gerichteten Anschuldigungen gewährt. Der Brief beginnt mit dem Vorwurf, daß der Minister das Ansehen des Dinge-Stofflosg-Ausflusses, den er selbst in der Zeit, „als er noch Karriere zu machen suchte“, als Paraderwerb vorzuführen erlegte, verdorben habe. Der Minister habe aus der Preisausgleichsstelle für Stofflosg-Dienstmittel, dessen Kasse noch in einem kleinen Teil des wöchentlichen Verzehrens, dem Ministerialsekretär Franks, gestiftet wurde, nachkommende und ausschließlich inselamt beinahe 1/2 Millionen Mark sich vorsetzen lassen, um sich unter anderem ein würdiges Ministerzimmer (von unansehnlich 280 000 Mark) zulegen zu können. Der Minister habe versucht, auch alle anderen Preisausgleichsstellen in die Hände dieses Herrn Franks zu bringen, und nur der Schreiber des Briefes habe diesen Plan vereitelt. Darauf sei er drangaliert worden. Der Brief schließt mit der Erklärung, daß der Schreiber aus freiem Antriebe seine Stellung als Referent und Geschäftsbüro des Dinge-Stofflosg-Ausflusses nicht gebe. In der Preislosg-Bilanz des Reichsministerialsekretärs Franks sind diese Summen gegen den Minister von einem unabhängigen Beobachter zur Sprache gebracht worden. Der Minister erklärte darauf, daß diese Angriffe gegen ihn von einem Beamten ausgingen, der die erhoffte Förderung nicht erhalten habe und nachträglich sich durch die Entlassung zu rächen suchte. Der Minister gab aber die behaupteten Tatsachen im wesentlichen als richtig an, erklärte jedoch die vorgenommene Maßnahme für durchaus notwendig und seine Handlungsweise für einwandfrei. Dagegen wendet sich nun Dr. Lavallo in einer Zufahrt an die „Freiheit“, in der er die Verdächtigkeit des Ministers, er wolle sich nur rächen, als unredlich zurückweist. Daß die Bilanz des Ministers keineswegs einwandfrei sei, erarbe sich aus der seitlich genau festgelegten Verrechnung der Mittel der Preisausgleichsstelle für Stofflosg-Dienstmittel. In der Verordnung vom 13. März 1919 und in den Ausführungsbestimmungen heißt es, daß dieser Fonds verwendet wird in erster Linie zum Ausgleich der verfallenen hohen Verfallensquoten der Stofflosg-Dienstmittel und zur Deckung der Rollen der Preisausgleichsstelle, zweitens zur technischen und wirtschaftlichen Förderung der Landwirtschaft in der Landwirtschaft. Die Anschuldigungen des Ministers seien aber auch nicht nötig gewesen, er habe als Ministerialdirektor bereits ein durchaus würdig ausgestattetes Dienstzimmer gehabt, in dem auch die letzten Jahre verbracht hat. Es ist also richtig, ein Urteil zu fällen, daß von Seiten des Reichsernährungsministers eingehende Stellenanfrage vorliegt; diese erscheint nun aber unaussprechlich.

Die Ausgabe der demokratischen Partei.

In zwei Heften des „Demokratischen Deutschland“ bespricht Reichsagsabg. Dr. Stubmann die Entwicklung der politischen Lage seit dem 6. Juni. Zur einige wenige Ausführungen seien daraus herangezogen: Die deutsche nationale Volkspartei hatte ursprünglich wohl den strategischen Plan, die Deutsche Volkspartei zwar in die Regierung einzutreten zu lassen, sie aber doch tattisch und ideell an sich zu fesseln. Das ist ihr mißlungen, und zwar nicht ohne eigene Schuld. Die Deutsche Volkspartei hat nach dem Wahlsieg ohne Zweifel sehr erhebliche Schwierigkeiten gehabt, um für eine Anteilnahme an der Regierung den notwendigen gesondlichen Boden zu finden. Es ist nicht so einfach, aus einer oppositionellen Partei Regierungspartei zu werden, wenn eine radikale Veränderung der gesamten Politik durch den Wahlsieg nicht erreicht ist. Dieser Fall liegt hier vor. Allerdings hätte die Deutsche Volkspartei sich das vor den Wahlen auch sagen können; stand doch schon vor den Wahlen fest, daß das Zentrum eine gegen links gerichtete Politik infolge seines starken demokratischen und Arbeitervertretereinflusses nicht hätte mitmachen können. Das war ja das politische Anmerkliche an der Wahlkraft der Deutschen Volkspartei. Die Partei hat trotzdem gefestigt und hat die Partei auf das Dreifache ihres früheren Bestandes anwachsen lassen. Die Wahlpolitik der Deutschen Volkspartei hat aber eine Niederlage erlitten. Denn es steht schon heute fest, daß sie als Regierungspartei nichts anderes tun kann, als die frühere Regierungskoalition auch getan hat. Darauf können nicht nur wir Demokraten zur Rechtfertigung unserer früheren Haltung verweisen, sondern das muß sich die Deutsche Volkspartei auch von rechts vorbehalten lassen. Die Deutsche Demokratische Partei hat nach meinen besten Überzeugung die historische Aufgabe unsere Arbeiterschaft dadurch dem Staat und dem Vaterland wiederzugewinnen, daß sie eine durchaus soziale Politik in einem demokratischen Staat fördert und gleichzeitig das demokratische Fundament verankert in einem starken Nationalgefühl. Die deutsche Volkseele hat heute mehr wie je darauf Anspruch, die tiefe Ernüchterung, die ihr von außen zugemutet wird, auszugleichen durch eine Steigerung des Glaubens an sich selbst. Gerade weil in dieser Beziehung in die breiten Massen hinein eine Saat gelegt werden muß, die den Aufstieg vorbereitet, haben wir die Pflicht, die Demokratie mit allen Mitteln zu festigen, die heute leider so oft vorkommende Schändung unserer Nationalität zu vermeiden, zu bekämpfen und das demokratische Prinzip mit dem Obem der großen, wahrhaft nationalen Idee zu erfüllen, die Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes gebietend verlangen.

Die Erweiterung der Regierungsbasis.

Das Zentrum erklärt sich für „immer dazu“... Die Zentrums-Parlamentarierkorrespondenz kommt von neuem auf die Frage einer Erweiterung der Regierungsbasis zu sprechen, erklärt sich im Namen der Partei zu einer Erweiterung bereit, weiß allerdings über die Mehrheitssozialdemokraten auf die schwerwiegendsten Nachwirkungen hin, die eine sozialistische Billkürzerung in Berlin haben müßte. Das parteiunabhängige Zentrum schreibt: Die Frage um eine Erweiterung der Regierungsbasis und um die Ausstiftung etwaiger Neuwahlen ist aufgerollt, sie wird von allen Seiten aufgegriffen und weitergekömmt. Die extreme Rechte spricht sogar wohlgefaßlich bereits von einer Regierungskrise, von der wir allerdings nicht wissen und die wir im Augenblick nicht nur für möglich und begründet halten, sondern auch für außerordentlich schädlich ansehen würden. Zu Neuwahlen im Reich dürfte wohl auf keiner Seite allzu große Lust bestehen, zumal dem deutschen Volk noch einige andere Wahlen in nicht allzu ferner Zeit in Aussicht stehen, in die Wahlen im Reich aber die Wahlkämpfe an dem Reichstag nicht zu vermeiden sind. Was wir beachten, ist ruhige, zielbewusste Arbeit, die nur dann gelingt, wenn man Volk und Reich gegenwärtig endlich einmal zu Atem kommen läßt. Immerwährend innerpolitische Erschütterungen jeglicher Art, die die Lebensfähigkeit von uns bedrohen geeignet sind, bringen uns um keinen Schritt vorwärts. Wenn etwa die eine oder die andere Partei gerade in diesem oder jenem Augenblick ihre Ausstiftung für günstiger hält, so ist das sicherlich kein Grund, diesfalls das ganze Volk in einem Wahlkampf zu legen. Welcher muß es unsere Aufgabe sein, endlich einmal mit der Ausstiftung des Reichstages ernsthaft den Anfang zu machen. Dabei bleibt die Frage einer Regierungsbasis unberührt. Immerwährend innerpolitische Erschütterungen jeglicher Art, die die Lebensfähigkeit von uns bedrohen geeignet sind, bringen uns um keinen Schritt vorwärts. Wenn etwa die eine oder die andere Partei gerade in diesem oder jenem Augenblick ihre Ausstiftung für günstiger hält, so ist das sicherlich kein Grund, diesfalls das ganze Volk in einem Wahlkampf zu legen. Welcher muß es unsere Aufgabe sein, endlich einmal mit der Ausstiftung des Reichstages ernsthaft den Anfang zu machen. Dabei bleibt die Frage einer Regierungsbasis unberührt. Immerwährend innerpolitische Erschütterungen jeglicher Art, die die Lebensfähigkeit von uns bedrohen geeignet sind, bringen uns um keinen Schritt vorwärts. Wenn etwa die eine oder die andere Partei gerade in diesem oder jenem Augenblick ihre Ausstiftung für günstiger hält, so ist das sicherlich kein Grund, diesfalls das ganze Volk in einem Wahlkampf zu legen. Welcher muß es unsere Aufgabe sein, endlich einmal mit der Ausstiftung des Reichstages ernsthaft den Anfang zu machen. Dabei bleibt die Frage einer Regierungsbasis unberührt.

wenn wir uns grundlos durch erst abstraktisch herbeigeführte Gegensätzlichkeiten, an denen wir ohnehin von Natur aus genug krankten, das politische Leben erschweren wollten. Allerdings muß man sagen, daß die augenblicklichen Vorgänge in Berlin eine Stadthausreform kaum geeignet sind, der Hoffnung auf eine friedliche Zukunftsentwicklung allgütigen Raum zu geben. Denn die rote Arbeiterschaft der Groß-berliner Stadtbauverwaltung übertrifft die politische Atmosphäre der Reichshauptstadt durch unbesonnene und willkürliche Maßnahmen, denen jede Einsicht auf die Folgen fehlt, berast, daß man schwere Besorgnis um den inneren Frieden haben muß. Denn auch in den übrigen Teilen des Reiches wird man zweifellos der Willkürherrschaft der sozialistischen Kreise Berlins die nötige Aufmerksamkeit schenken, und wir geben die Versicherung, daß auf diese Weise die Abneigung der Provinz gegen Berlin nur vergrößert wird, weil man in dem Verhalten der sozialistischen Arbeiterschaft in Berlin Stadthausbau den Beweis dafür erhält, wie eine rote Arbeiterschaft herrschen pflegt, wenn sie das Szepter in der Hand hält. Die Führer der mehrheitlich sozialistischen Partei im Reich und auch im Lande täten besser, wenn sie die radikalen Elemente ihrer Parteigenossen im Berliner Stadtparlament auf die Folgen ihres Verhaltens aufmerksam machen und sie zur Besinnung zurückzuführen, wie es Schönermann bereits versucht hat. Wir können den Ausführungen der Zentrum-Parlamentarier beipflichten, insbesondere auch über den sozialistischen Wählerwahn in Berlin, nur beipflichten.

Sozialdemokratie und Koalition.

Zu den auch von uns wiedergegebenen Ausführungen des Abgeordneten Stresemann, der Sozialdemokratie siehe die Möglichkeit, in die bisherige Koalition einzutreten, übergeht frei, bemerkt der „Vorwärts“: „Herrn Stresemanns Erklärung hat an der politischen Situation seit den Reichstagswahlen nicht das Mindeste geändert. Wenn im übrigen sachlich noch besondere Gründe notwendig waren, um die Sozialdemokratie von ihrem Eintritt in das jetzige Kabinett fernzuhalten, so genügt die katastrophalen Umstürze, welche die Aufhebung der Zwangsarbeit auf dem Gebiet des Ernährungswesens zu zeitigen beginnt. Gegen den Widerstand der Sozialdemokratie hat die jetzige bürgerliche Reichsregierung die letzten Dämme gegen eine völlige Überflutung unseres Ernährungswesens durch Waader- und Schieberarbeit zerstört. Jetzt, wo sich die Folgen zu zeigen beginnen, läßt man sich jetzt nicht ein, die Zwangsarbeit zurückzuführen, was man mit zu übernehmen, was gegen unseren Widerstand geschehen ist.“

Kartoffelanzufluhrverbot in Oberschlesien.

Oppeln, 15. Septbr. In einer Besprechung des Magistrats, der Vertreter von Gewerkschaften, der Vertreter von Einkaufsgenossenschaften und Vertreter der Reichsstaatsstellen beim deutschen Bevollmächtigten der internationalen Kommission in Oppeln kam man überein, an die deutsche Regierung eine Eingabe zu richten, daß ein Anfluhrverbot für Kartoffeln aus Oberschlesien erlassen wird und in Oberschlesien durch Lieferungsverträge aufgedachten Reserven von 300 000 Zentner auch in Oberschlesien vertrieben, daß 2. das Reich einen Teil des Preises über 20 Mt. tragen soll und daß 3. ein Spiritusverbot erlassen wird. Mit aller Entschiedenheit wurde betont, daß die arbeitende Bevölkerung nicht mitansehen will, den Kleinhandelspreis von 40 Mt. pro Zentner zu bezahlen und daß, falls eine Preislenkung nicht erfolge, Anfluren zu erwarten seien, da sich die Arbeiterführer dann auferhebend verhalten, die Massen zu halten. Man hat auch ausdrücklich festgestellt, daß man gewillt ist, falls das Deutsche Reich Oberschlesien nicht hilft, die Hilfe der internationalen Kommission in Anspruch zu nehmen, damit von dieser Kartoffeln im Austausch gegen Kohle eingeführt werden.

Demokratie und Sozialdemokratie.

Unberühmter Professor Gerlach hält im „Genauerkollegat“ der Sozialdemokratie ihre widersprüchliche Haltung vor: Sie steht mit den Unabhängigen im bitteren Kampf. Sie lehnt die Ziele der Kommunisten usw. auf das energiestärkteste ab. Trotzdem aber verbindet sie sich, wie ja auch in Thüringen, in

Wolfgang Maximilian von Goethe.

(Zum 100. Geburtstag von Goethes letztem Enkel.)

Von Harald Rogler & Weimar.

(Nachdruck verboten.)

Die kürzeste briefliche Mitteilung in dem zwischen dem Großherzog Karl August und seinem Freunde Goethe geflochtenen Briefwechsel ist diejenige vom 18. September 1820, welche, dem Großherzog an Goethe gerichtet, in einem einzigen Worte besteht und lautet: „G r a t u l i r e.“ Es war der Glückwunsch des Fürsten zu der an diesem Tage erfolgten Geburt von Goethes letztem Enkel, der dann in der Taufe die Namen Wolfgang — nach dem Großvater — und Maximilian erhielt. Er wurde der bevorzugte Liebling des Großvaters und wuchs unter seinen Augen und unter seinem ständigen Schutze auf. Wie die intime Freundin von Goethes Mutter, Jenny von Gürtel, berichtet, war dieser mit sechs Jahren ein heiteres, sehr geschicktes Kind mit den wunderwunderlichen Goethe'schen Augen, voll Lust zu jedem Spiel. Er wurde ein denkender, lernender Knabe, der mit Leidenschaft auf- und erlachte. Noch ein helbes Kind, füllte er die Liebe eines Säuglings. So wie seine tiefen, dunklen glühenden Augen alle Mängel in einem Wesen überstrahlten und ihn schon damals, so war es eigentlich die Liebe, die sein ganzes Ich durchstrahlte und ihn zum Dichter stempelte. Als Zeugnis dafür darf „Erstlinge“ gelten, das Werk eines Neunjährigen, das die ersten Verse seines Großvaters übertraf. Das deutsche Volk nahm die Dichtung nicht auf, die kannte den Dichter nicht, wie deutlich er auch in die Volkstropfen seines großen Vaters eingedrungen war, und nach neunzehn Jahren „Erstlinge“ schrieb „Symboldt und Varnhagen schienen es zu begreifen, ihr Lob war aber nicht mächtig und nicht nachhaltig genug, und so kam es, daß sein ganzes Leben, durch Enttäuschung, Liebesreize und Stolz vereinzelt, verloren ging. . . . Zu diesen persönlichen Mißerfolgen Wolfs kam im Laufe der späteren Jahre noch ein Weiteres, das sein ganzes Leben und des seines älteren Bruders Walter, der ebenfalls — nur auf anderem Gebiet, dem militärischen — vom Mißgeschick verlor, wurde, und nach und nach haltig beeinflusste. Es kamen die nach und nach schmerzhaften Jahre, da sie „zu Erliden des schmerzhaftesten Nachschlages gemorden waren, zu literarischen Reliquien“, da sie die

Berlin mit den Extremalitäten der Volkst. Wenn aber die Demokratie notgedrungen gegen diese Politik Front macht, wenn sie notgedrungen in eine Frontstellung mit den Rechtsparteien gezwungen wird, so wozu man ihr Recht an den Rechten der Demokratie vor. Ja, was sollen denn demokratisch gestimmte Parteien eigentlich anderes machen? Wenn die Sozialdemokratie so sich über jede Maßeresultat hinwegsetzt, daß sie an die Spitze des Berliner Schutzwesens einen Herrn stellt, der noch nicht einen Tag praktisch im Schutzwesen gearbeitet hat, kann denn dann von einem Zusammenarbeiten mit ihr noch die Rede sein? Wir waren und sind stets bereit, mit ihr zusammen zu arbeiten. Wir lehnen nach wie vor die alte Sammlungsparole ab, und ich würde es für überaus erfreulich halten, wenn Mitglieder der Sozialdemokratie noch vor Beginn dieses verhängnisvollen Winters in die Wehrregierung eintreten würden. Es ist meines Vernehmens auch deshalb notwendig, weil die Frage der Sozialisierung des Kohlenwesens zweifellos eine der Hauptfragen der inneren Politik werden wird, und weil diese Frage am besten unter aktiver, positiver Mitarbeit der Sozialdemokratie gelöst wird. Wenn die Sozialdemokratie in die Regierung eintreten will, so muß sie ihre Politik ändern. Es ist nicht möglich, um den letzten Grundgedanken zu berühren, daß sie weiter Klassenpolitik treibt. Sie muß diesen Gedanken dahin tun, wozu er gehört, zum alten Eisen. Solange nicht die Sozialdemokratie den Klassengeboten durch den Staatsgeboten erliegt, wird an eine wirklich geistliche Zusammenarbeit anderer Parteien mit ihr auf Dauer nicht gedacht werden können. Zum Schluß sei hier nur das eine Wort gesagt, was die Sozialdemokratie sagen. Einmal muß sie mit der inneren Unmöglichkeit des Klassenkampfgedankens brechen und muß ihren Anhänger erklären, daß in Zukunft nicht dieser, sondern ein anderer Gedanke ihre Politik orientiert. Je rascher sich die Sozialdemokratie hierzu entschließt, desto besser für sie, desto besser für das Reich.

Deutschland und Indien.

Berlin, 15. Sept. Zurzeit weilt der indische Großindustrielle Althaus Mulee Jeonjee aus Bombay in Berlin, der in den verschiedensten Städten Indiens Industrieunternehmungen betreibt, in British-Indien, Belgien, Frankreich und Deutschland. In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Vorwärts“ sagte Herr Jeonjee den Grund seines Aufenthaltes in Berlin auseinander: Lange Zeit ist es den Indern überhaupt nicht zum Bewußtsein gekommen, daß wirtschaftliche Beziehungen zwischen Indien und Deutschland bestanden haben. Davon bekam die indische Bevölkerung erst eine Ahnung, als im Ausbruch des Krieges unzulänglich die „englischen“ Waren ausfuhrten, indischen Markt zu erreichen. Der Gedankengang ist, die ganze deutsche Produktion, soweit sie für Indien in Betracht kommt, möglichst auf einem Wege in Indien zu zentralführen und von dort über ganz Indien zu vertrieben. Möglichst ohne Vermittlung von England. In Betracht kämen als Zentren Berlin und Bombay. Die größte Schwierigkeit sei die des Schiffeverkehrs. Der Großindustrielle drückte sich darüber so aus: „Wir haben die Schiffe, und die Deutschen haben die Erfahrung und die Bekanntschaft, — vor allen Dingen die Kapitäne.“ Die zweitgrößte Schwierigkeit ist die Bankenfrage. Der wäre mit Hilfe einer deutschen Bank in Bombay und einer indischen Bank in Berlin beizukommen.

Ein neuer Trick der Schieber.

Der „Vorwärts“ ist in der Lage, einen neuen Fall von Zerschlagung mitzuteilen, der einen Einblick in raffinierte Schiebermethoden gewährt. Er schreibt: Ein besonders interessanter Fall ereignete sich vor einigen Tagen, wobei ein früherer Polizeibeamter, der vertretungsweise die handhabte, leitete, mehrere große Schieber in der Hand. Nur durch die vorläufige Maßnahme eines Kommissars des Lebensmittellandes Groß-Berlin gelang es, die Schieber zu fassen. Ein Herr Th. pro 80-100 Zentner Zucker zum Preise von 16,50 Mt. pro Pfund dem ihm persönlich unbekanntem Kommissar telefonisch an und erklärte bei einer Zusammenkunft, daß eine Beschlagnahme um 20 Mt. sei, da ein Polizeikommissar die Ware be-

Aufmerksamkeit der Menschen als Beugung, als unangenehm, ja als schmerzhaft empfanden. Wolf lachte dann die Einsamkeit. Eines Tages wurde er gerufen, als die Kaiserin von Ausland bei seiner Mutter war; er antwortete: „Sagen Sie der Kaiserin, ich sei ein wildes Tier und fahre nicht.“ Die Kaiserin wendete sich nach dem Namen, den sie fragte; er war ihr Stolz, aber ihr Unflut, denn sie verlangte Leistungen von ihnen, die ihres Namens würdig sein sollten. Wolfgang von Goethe studierte von 1839 an in Bonn, Jena, Heidelberg und Berlin Jurisprudenz und promovierte 1845 in Heidelberg. Schon damals distanzierte und schrieb er, wie sein Freund Meyer berichtet. Amalie war nach seiner Promocierung ging er, da sich schwere neurologische Schmerzen eingestellt hatten, nach Capri, Rom usw. Aber 1847 wurde das Verbot aufhört, daß er von den Vereinen nach Weimar geschickt wurde. Aber es wurde immer schlimmer, so daß seine Mutter Dittke zu hören glaubte, wie die Räder des Todes um ihn zirkulierten. Sein Zustand besserte sich zeitweise, aber nach 1849 schrieb Frau von Goethe nach Weimar: „Wolf ist sehr lebend, denn eine der schwersten Krankheiten ist eingetreten.“ Erst 1850 finden wir ihn wieder in besserer Stimmung in Weimar, wo er im nächsten Jahre ein heftiges „Gedichte“ bei Cotta herausgab. Die Kranken Töne, die sich schon in seiner „Erstlinge“ fanden, erfüllten hier alles; die jungen, gelunden Gesichter waren in Rot und Schmerzen untergegangen. Seine starke Phantasie führte ihn manchmal londerbare Wege; so spielte er mit dem Gedanken, seinem schmerzhaften Lebensweg ein Ziel zu setzen, indem er fälschlicherweise Erlösung suchte. In einer regelmäßigen Tätigkeit in Erlangen trat er in seine Reliquien, und dem Großherzog Karl Alexander, als dieser, bei ihm bezüglich der Übernahme eines Staatspostens anfragte, eine abschlägige Antwort gegeben.

Sein Leben nahm mit dem Jahre 1851 eine andere, in gewissem Sinne entsöhnende Wendung. Er war zum weimariischen Kammerherrn ernannt worden, hatte sich zum Eintritt in die preussische Diplomatie gemeldet und wurde denn auch durch die Verwendung des Prinzen von Preußen und Symboldt'scher preussischer Gesandtschaft in Rom attached. 1854 wurde er zum Legationssekretär ernannt, vertrat den weimariischen Hof bei seiner Stellung anlässlich eines 1856 erfolgten Staatsbesuchs in Berlin. In Dresden, wo er 1856 und 1859 auf sein Ansuchen in der ersten Preidreierhand erhoben und zwar mit Rücksicht auf eine profektierte Heirat, die sich aber aus konfessionellen Gründen nicht ergiebt.

platten wurde und falls Gefahr im Verzuge sei, mit der Bekämpfung herzutreten wäre, daß er, h e r r, d e r s a m m l u n g s b e r e i t e. Diese besonders interessante Art des Schießhandels veranlaßte den Revisor, zum Schein auf das Geschäft einzugehen. Es wurde ein Lieferungsorder vereinbart. Nachdem nun der Beamte mit zwei Beamten der Wucherabteilung des Berliner Polizeipräsidiums an zwei Tagen vergeblich auf die Anlieferung wartete, erschien tatsächlich am dritten Tage der Wagen mit 3 Ladefässern in Begleitung eines Herrn. Da nun die Beamten zur richtigen Zeit überaus schnell zugriffen, hatte der Herr Kommissar seine Gelegenheit mehr über seinen Mut bezogen, das zu tun, wozu er sich hergegeben hatte. Der Jäger wurde beschlaggenommen und der Herr Kommissar trotz aller Bittens festgenommen; wobei sich herausstellte, daß es sich tatsächlich um den von Th. angegebenen Beamten handelte. Dieser Jäger stammt aus einer Marke in Brandenburg in Köpenick, welche für den Jäger ca. 5 Mt. pro Pfund bezahlt und diesen von der Reichs-Obst- und Wärmelaben-6. m. b. S. zugewiesen erhalten hat. Aufführung ist dringend nötig. Es handelt sich um Eingebungen im großen Stil, durch die bei notwendiger Bewältigung das lebensnotwendige Nahrungsmittel entzogen wird.

Preussische Landesversammlung.

152. Sitzung, Donnerstag, 16. September, mittags 12 Uhr. Am Regierungssitz: Lüdemann, Am Sebnhoff und Severina.

Präsident Linert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 25. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Umlegung von Grundflächen (Umlegungsordnung).

Herr Dr. Reineke berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses für die Stedelungen- und Wohnplätze über die Umlegung, die zum Zusammenlegen landwirtschaftlicher Grundflächen notwendig bei Odenbergen, eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktion herbeiführen will. Der Ausschuss hat dem Gesetz die Bestimmung hinzugefügt: Beträgt die berechnete Mehrheit der Widerspruchsberechtigten, so ist in einem außerordentlichen Termin über den Widerspruch zu verhandeln. Wird der Widerspruch nicht mehrmals zusammengeleget, so sind die Verhältnisse einzustellen. Der Berichterstatter empfiehlt Annahme des Gesetzes in der Fassung des Ausschusses.

Herr Weierhermel (Dn.) erklärt sich gegen die Vorlage. Seine Freunde wollten sich aber trotzdem bemühen, für jeder einzelne Anträge hier und da zu verbessern. So verlangte er, daß bei einer Zusammenlegung von Grundflächen die Grundbesitzer nicht mehrmals zusammengeleget werden. Damit sei eine Störung des landwirtschaftlichen Betriebes verbunden. Der Landwirt müßte aber auf lange Zeit im voraus disponieren können. Er wendet sich zum Schluß gegen jeden Zwang, der in der jetzigen Zeit der Freiheit doppelt höher liegt.

Herr Freiherr von Wachenheim (Reise) erkennt die Notwendigkeit der Zusammenlegungen in größeren Umfangen an, warnt aber ebenfalls vor Zwangsmaßnahmen und verlangt Schutz der Besitzer vor allzu häufigem Wechsel.

Herr Pöbel (Soz.) nimmt dem Gesetz zu und erklärt in dem deutschnationalen Antrag lediglich das Bestreben, der landwirtschaftlichen Bevölkerung Mißbräuen gegen den sozialistischen Willkür abzurufen.

Herr Bolker (Dem.) erklärt sich ebenfalls für das Gesetz, erachtet aber die deutschnationalen Anträge zum Teil als be- rechtigt an.

Herr Stenbel (D. Vn.) verwirft jeden Zwang. Die Bauern lachten darüber, wenn man sich von dieser Umlegungsordnung eine Hebung der Produktion verspräche. Er verweist auf die hohen Steuern und hält das Gesetz nicht für lohnend, daß es unbedingt von der Landesversammlung erledigt werden müßte.

Landwirtschaftsminister Braun betont, daß eine zweckmäßige Zusammenlegung unweifelhaft die Produktion fördert, wenn der Erlöhs nicht schon in zwei bis drei Jahren in Geltung treten sollte. Es müßte aber endlich einmal ein Anfang gemacht werden, und wie die Zusammenlegung, welche auch der einzelne Besitzer Erfolg davon haben.

§ 1 wird jodann angenommen, ebenso ein Zusatz, § 5a, nach dem Antrage der Deutschnationalen, betreffend Nichtzusammenlegen im Wiederbeschaffungsfall. Zu § 5 wird anschließend einem Antrag des Zentrum's § 2, betreffend der Widerspruchsberechtigten, an Stelle von § 6 nach dem Beschlusse des Ausschusses. Im übrigen bleibt das Gesetz in zweiter Lesung im wesentlichen unbeeinträchtigt. Die dritte Lesung erfolgt morgen.

In Dresden hatte sich Wolf ebenfalls wie gewöhnlich mehrere Jahre sehr wohl gefühlt, und um so mehr wurden seine Mutter, die mit ihm nach Dresden übergesiedelt war, sowie seine Angehörigen überrascht, als sie ihn in seinen Wohnsitz aus dem Staatsdienst nach dem Erbschaft war ihm noch mehr der fähigsten Heirat verlobte.

Mit seinem Weggehen von Dresden tritt der letzte Enkel Goethes in die letzte und trübfeste Periode seines freudlosen Lebens ein. Die beiden Brüder lebten zumeist mit der Mutter, die ein schweres Augenleiden besaßen hatte, zusammen an den verschiedensten Orten, u. a. längere Zeit in Jena, wo Wolf noch mühsam arbeitete und Walter krank darniederlag. Wolf besaß in dieser Zeit auch bis auf einen kleinen Rest seine große Arbeit über das Leben und die Zeit des Kardinals Bessarion; da sich kein Verleger für die eigenartige Materie fand, wurde sie bei Frommann in Jena als Manuscript gedruckt. Schließlich finden wir die beiden, fast menschenleer gewordenen Brüder in der Mansarde des väterlichen Hauses in Weimar wieder. Wolf hatte sich das Zimmer seines Vaters mit allen Andenken an ihn zurecht gemacht. In Goethes Arbeitszimmer stand der kleine Schreibtisch am Fenster, den Goethe einst für sein Wölflinchen hatte aufstellen lassen, damit er bei ihm arbeiten könnte. Beide Brüder wurden immer lebender. Wolfs rechter Arm und die Hand wurden von rheumatischen Schmerzen ergriffen, so daß ihm das Schreiben sehr schwer wurde. Bis zum Herbst 1879 lebten die Brüder hier zusammen. Wolf machte Wölflinchen nach Wien, Rena und Franzensbad, bis er sich endlich nach Berlin begeben mußte. Hier lebte er eine einfache Wohnung in der Bülowstraße. Hier lebte er ein flüchtiges und für ihn glücklich. Er schrieb niemand, wie leicht es ihm gelungelich und finanziell ging und arbeitete in jeder schmerzhaften Stunde. Am 19. Januar 1883 war er nicht kränker als sonst, ging noch aus, lernte sich wie gewöhnlich auf Bett und verschied nach Mitternacht an einem Krampfanfall. Am 23. Januar nachmittags trug man ihn auf dem Friedhofe zu Weimar, wenige Schritte von der Kirchengruft zu Grabe.

Was die beiden letzten Goethes durch die sorgsame Be- hütung von Goethes Hinterlassenschaft und durch ihr hoch- hehrliches Vermächtnis der deutschen Weltswelt an unersch- lichen Schätzen erhalten haben — trotz eigener materieller Not — gegen die deutschen Kulturgeschichte ein unver- gänglich Zeugnis vornehmster, unegennützigster und edelster Gesinnung an

Es folgt die zweite Auflage des Gesetzes über die Einführung des Notstands aus der Kirche und den Einnahmegerichtungen.

Abg. Wubert (Soz.) nimmt dem Gesetz nicht zu, weil die Steuerbefreiung mit dem Ende des laufenden Steuerjahres, jedoch nicht vor Ablauf von drei Monaten nach Abgabe der Ausrichtungsbescheinigung eintritt, und erklärt, daß die Abrechnungspflicht für unannehmbar sei. Seine Partei solle gegen den Entwurf und deshalb jeden Druck der Geistlichkeit verhindern.

Abg. Pöschner (Ztr.) erklärt die Zustimmung seiner Partei, wenn sie auch nicht mit allen Einzelheiten einverstanden ist. Die Vorlage ist immerhin eine Verbesserung gegen die alte Vorlesung aus der lediglich die Gesamtheit gegen die Religion sprach. Dem Antrag nach jedem einzelnen die Ausrichtungsbescheinigung vorzulegen, stimmt er zu.

Abg. Frede (Rechtl.) ist seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Ausrichtungsbescheinigung nicht mehr um sich greifen und Hellen mehr Eintritte mit Ausrichtungen. In dem Bewußtsein der Geistlichen, Verantwortliche zur Kirche zurückzuführen, sehe er keinen Grund zur Ablehnung.

Abg. Wolf Hoffmann (U. S.) erklärt den Antrag Koch für unannehmbar. Ein Familienleiter dürfe ja dann nicht einmal für seine Angehörigen den Austritt erklären. Dieses Gesetz erzwinge also den Austritt, statt ihn zu erleichtern. Der Druck der Geistlichkeit ist unangenehm. Man habe die Brauen gegen ihre Männer auf. Die Kirche sei die organisierte Heuchelei. Nicht nur die Sozialdemokraten gehörten dort nicht mehr hin, sondern auch jeder wahre Christ.

Abg. Rade (Dem.) erklärt, seine Zustimmung des Gesetzes, freilich nur, wenn die Kirche ein Ausweichendes Gelegenheit gibt, die Sache nochmals zu überlegen. Auch das Verlangen der Einzelklärungen habe er für richtig. Gerade die Sozialdemokratie sollte für diesen Standpunkt eintreten.

Abg. Bus (D. M.) meint, die Verhänfte der Kirche um Hochzeiten und öffentlichen Feiern können viel zu hoch sein, das Schicksal des Abg. Hoffmann sei trösten können. Die Reformbedürfnisse des alten Gesetzes von 1878 erkenne er an. Der Erlaß von 1918 sei aber überflüssig gewesen. Die Abrechnungspflicht ist notwendig, ebenso die Steuerpflicht für das laufende Jahr.

Abg. Stenel (D. Vot.) hält ebenfalls an der Einführung, tritt sich und billigt den Antrag Koch.

Abg. Hoffmann (Soz.) polemisiert gegen den Abg. Pöschner und betont, daß die Sozialdemokratie auch Raum für alle kirchlichen Rituale habe. Der Austritt sei für die Sozialdemokraten nur ein Gefühl, eine Stütze, nicht mehr sollen zu wollen. Wer innerlich mit der Kirche verfallen ist, auf den sollte die Kirche auch seinen Wert mehr legen.

Abg. Richter-Richberg (U. S.) will verlangen unter allen Umständen eine Einführung des Kirchenaustritts. Deshalb fordert er die Zustimmung des Reichstages. Die Vorlesung ist ein Eingeständnis, daß die Kirche nicht mehr die gleiche Stellung hat, die sie im Jahre 1878 hatte. Es ist ein Verdienst der kirchlichen Kirche, daß die deutschen Soldaten im Kriege treu ihre Pflichten erfüllt haben.

§ 1 wird mit dem Antrag Koch (Einführung) angenommen, ebenso der dritte Teil des Gesetzes.

Damit ist die zweite Lesung beendet. Es tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung morgen, Freitag, 1 Uhr. Anträge. Debatte über Oberbefehl und das Saargebiet, Umwandlungsordnung und Anträge.

Schluss 6 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Die geräuschlos fließende Kanone. Immer und immer wieder bringen französische Blätter Berichte über die unzulässige Enttarnung in Deutschland und über die ebenso unzulässige Neubearbeitung der Armee. Obwohl dies bereits wiederholt dementiert wurde, bringt jüngst das französische Blatt „Le Matin“ seinen Lesern die Geschichte, daß auf einem deutschen Truppenübungsplatz eine 31-Zentimeter Geschütz für den Versuch aufgestellt wurden. Das Geschütz besaß die geräuschlose Fähigkeit gute Feuergeheimhaltung. — Dazu wird von rufstündiger Stelle bemerkt, daß sowohl die Heeres- als die Marineverwaltung nicht das Mindeste von dieser geräuschlos fließenden Kanone wissen. Die Nachricht ist gänzlich unmaß.

Neue Hundertmarksteine. Im den Fällern das Sandmer: zu erläutern, steht die Reichsbank die braunen 50-Marksteine vom 20. November 1919 allmählich wieder aus dem Verkehr. Ende des Jahres wird sie voraussichtlich einen neuen Hundertmarksteine ausgeben, der einen besonders guten Schutz gegen Nachahmung bieten soll.

Halle und Umgebung.

Halle, den 17. September 1920.

Der Halle'sche Beamtenauschuss

Die Halle'sche Beamtenauschuss. Der Vorsitzende wies auf den Ernst der Zeit hin, der mehr denn je ein festes Zusammenhalten der Beamten erfordere. Als Teilnehmer für den Reichsausschuss in Kassel wurden die Herren Mische und Dietrich bestimmt. Ueber die Preisverhältnisse und den Besatz der Halle'schen Beamtenauschuss sind die Mitglieder bestrebt, eine Besetzung zu erreichen, die den Interessen der Beamten entspricht. Eine Hausfrau wird noch bestimmt. Die Schreiben über den Austritt des Bundespräsidenten kamen aus dem Beamtenbunde kamen zur Verlesung. Der Vorsitzende sprach den Wunsch aus, die Differenzen bald wieder beigelegt zu sehen. Dem Beamtenauschuss gebühren die höheren Beamten weiter an. Es wurde der Freude Ausdruck gegeben, daß der Arbeiterarbeit erledigt sei.

Gegen die Aufhebung des Rudenbacherbets wurden Einwendungen erhoben, weil die Verhältnisse von Ruden die Verbesserung gefährden würde.

Ueber den Stand der Besoldungsfrage referierte kurz der Vorsitzende. Eine Reihe von Anträgen wurde beantwortet. Besondere Klagen ergriffen über die unzulässige Sandbau der Wälder bei den Waldschätzungen. Einige Landesbeamte führten zur allgemeinen Überzeugung aus, daß die ihnen überhand wachsende keine Beiträge an die anderweitige Einkünfte zu zahlen. Die Wälder sind in einem Zustand, der die Wälder bei allen Maßnahmen sehr nachteilig. Hier müßte das Reich einwirken. Ueber die Christlichkeitsfeierung geht in nächster Zeit der Entwurf dem Reichstage zu. Vorher sollen Mitglieder mit dem Beamtenbunde stattfinden. Als Vertreter hierzu werden die Herren Pöschner und Dietrich bestimmt.

Eine Rede über den Beamtenauschuss in vorkommender Beziehung. Einleitend stellte man fest, daß der Vorstand jederzeit die politische Neutralität gewahrt habe; man sprach ihm ebenso einmütig das Vertrauen aus.

Der Viehbestand im Saalkreise.

Am 1. September wurden im Saalkreise 14 554 Haus- und Kleinviehbestände mit Vieh gezählt (am 1. September 1919 waren es 14 746 gewesen). Pferde gab es 5277 (5272), Rindvieh 12 008 (12 211), Schafe 21 318 (20 500), Schweine 25 070 (19 774), Ziegen 21 914 (19 527). Von dem beträchtlichen Zuwachs an Schweinen entfällt der Hauptteil auf junge Tiere. Bezelt unter 3 Wochen gab es 8262 (2185), von 6—26 Wochen 2420 (5723), 26 bis 1 Jahr 15 230 (10 705).

Medungen über verlassenes und abhandlung genommenes Seeboot sind, soweit der Regierungsbetrieb Verleugung und die Kreise Nordhausen, Nordb. und Sondershausen in Frage kommen, direkt an die Erlassungsabteilung Halle des Reichsstatistikbüros III, 2 in den 11. 83 (Tel. Nr. 5773) zu richten, da diese für die Bearbeitung der Sache zuständig sind. Die anderen Kreise erhaltenen Erklärungen bringen unternehmend eine Bescheinigung mit sich, wodurch ein schnelles Abgängen auf Seiten des Reichsstatistikbüros verhindert wird.

Verbotene Schenkungen. Ein Maurer hatte eine Kuh, ein Ferkel und ein Schwein gekauft, um die wertvollen Tiere aufzuheben. Er hatte aber noch mit der Kuh, die ein Bein brach und daher nichtschicklich werden mußte. Da er nun für das Ferkel seine Milch mehr hatte, so mußte dieses auch dran glauben, und schließlich auch das Schwein, dessen Milchschüssel aber verbotener war. Wenn andere Personen, darunter ihre Frauen, hatten sich ebenfalls vor Gericht zu verantworten, weil sie dem Maurer Fleisch, ohne Notizen zu geben, abgeholt hatten, was bekanntlich ebenfalls verboten ist. Das Schäfergericht verurteilte den Maurer zu einer Geldstrafe von 200 Mark, zwei zu je 50 und zwei zu je 100 Mark Geldstrafe und sprach drei Angeklagte frei.

Provinzial-Nachrichten.

Verst. 14. Septbr. (Die Volkswirtschaften in Verh.). Heute trafen hier 2000 Mann von den an der sächsischen Grenze stationierten Russen ein. Fast unabweisbar war die große Schlang, die sich unter Vorantritt von zwei Musikbänden durch die Breite, Wasserstraße, Brüderstraße nach dem Gebirge und dem Gelangenenlager zu heranzog. Die Leute machten einen sehr mitgenommenen Eindruck: der Hunger und die Strapazen der Märsche und die unruhige Zeit der Transporte war in den Gesichtszügen eingegraben. Sie trugen den bekannten langen russischen Mantel und hohe Stiefel; eine Anzahl lief aber auch barfuß. Im übrigen waren die Leute sehr regulös gekleidet. Bemerkenswert ist, daß sehr viele jüngere Jünglinge in der Truppe vertreten waren.

Stachler, 15. Septbr. (Ein weiterer Zeilnehmer an der Ausstellung) in der Nacht vom 21. zum 22. August ist jetzt dem hiesigen Amtsarbeitsamt gemeldet worden. Er hatte an der Bereinigung der Gefangenen und dem Gebrauche teilgenommen und sich feldheim in Berlin aufgehalten. Vermutlich durch Mangel an Geldmitteln gezwungen, stellte er sich der Polizei. Es handelt sich um einen Arbeiter Neugebauer.

Wambö, 14. Septbr. Mit jeher erfreulicher Schärfe geht der Kreisvorsitzende gegen diejenigen Bandwirte vor, welche Braugeräte und Hafer zu Wucherpreisen vertrieben. Die vorhandenen Vorräte werden restlos enteignet, Brauungsgeräte vorgezogen und das Getreide dem Kommunalverband zugeführt, außerdem wird der Kaufpreis auf Vorkosten gesetzt. Auch in anderen Orten wurden zwei Brauereien dieser gesehnen Behandlung unterworfen.

Zeitzsch, 15. Septbr. (Ein Arbeitstagesgemeinschaft der Kreisfischerbetriebe) des Kreises Zeitzsch mit dem Sitz in Zeitzsch ist hier gegründet worden. Die Vereinigung, die sofort 60 Fischereibetriebe beigetreten sind, hat den Zweck der Regelung des An- und Verkaufs, Verwendung und Beschaffung von Nebenprodukten und Rohstoffen, Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Regelung des Preisabwicklungsvertrages.

Kauen, 15. Septbr. (Die Stadtratsordnungsversammlung) hat beschlossen, falls das Personal des Stadttheaters in diesem Winter wieder mit neuen Gehaltsforderungen hervortreten sollte, diese abzulehnen und, falls auf Erfüllung der Forderungen bestanden wird, das Theater zu schließen.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

Reise des Reichsgenerals zum Reichspräsidenten. Stuttgart, 16. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Reichsgeneralfeldmarschall Dr. Frenckh ist heute in Begleitung des Militärattachés Dr. Spuler, Chef der Personalabteilung des kaiserlichen Hofes, in Potsdam eingetroffen, um mit dem Reichspräsidenten die politische Lage zu besprechen.

Die unvollständige Beendigung eines gemeinsamen Spaaus und Beendigung. Die Erklärung eines etwaigen Eintrittes der Reichssozialisten in den Regierungsbund im Reich wird immer ausgebrochen, ohne daß es bisher gelungen ist, ihm Gelegenheit selbst einer Lösung näher zu bringen.

In der Preussischen Landesversammlung droht die Art und Weise, wie auf Grund des Uebereinkommens zwischen der Reichssozialistischen und der unabhängigen Fraktion der Berliner Stadtratsordnungsversammlung die Stadtratsstellen ohne Berücksichtigung der anderen Parteien nicht nach rein sachlichen und sachlichen, sondern vorwiegend nach politischen Gesichtspunkten besetzt werden sollen, eine Krise der Regierungsbündnisse und der Regierung nach vor den Reichspräsidenten zu veranlassen. Die Fraktion der Reichssozialisten durch das Verhalten der S. P. D. in Groß-Berlin ebenfalls vor dem Reichspräsidenten und das Zentrum, das die Wahl Dr. Löwentz zum Reichspräsidenten auf das festliche bestimmt und als untragbar ansieht, scheitern der Reichssozialistischen Fraktion in der Landesversammlung die Gefahren der Berliner Vorgänge für die Festigkeit der preussischen Regierungsbündnisse eindringlich vorzustellen. Die Vorwürfe in Groß-Berlin und in Preußen müssen, wenn sie vor offenen Krisis führen, auf das Reich zurückwirken. Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident nicht nur über Personalfragen des auswärtigen Dienstes — worauf die Aufmerksamkeit der Referenten, Geheimrats Schüller, hindeutet, — sondern auch über diese großen politischen Fragen mit dem Reichspräsidenten in Potsdam Beratung abhält.

Ein Aufruf an die Oberbefehlshaber.

Weschen, 16. September. Das deutsche Reichsstatistikbüro, gezeichnet Urban, erklärt folgenden Aufruf:
Blutige vier Wochen haben hinter uns. Am 19. August brach der Aufstand los unter den Mägen der Franzosen, Engländer und Italiener, die den Schutz Oberbefehlshabers vertrieben. Unter dem Kriegescheitern wir sind die Herren des Landes' fürste die sein auf den Erden. Wir waren unterworfen, wenn die hohe interalliierte Kommission befehl, die Waffen abzulegen. Mit dem Vertrauen des loyalen Bürgers hielten wir uns an den Grundbrieffen stillerster Wälder, das die Obrigkeit und die Truppen befehlen seien, den Frieden zu schließen und die alte Ordnung wieder herzustellen. Die hohe interalliierte Kommission war gewarnt. Wir wiesen darauf hin, daß offensichtlich nur der rufstündige Teil der Bevölkerung die Waffen abgab. Es war ferner darauf hingewiesen worden, daß ein neutraler Waffenstillstand auf organisiertem Wege, Nordwestseite aus Polen in unter Land brachte. Die hohe interalliierte Kommission weiß heute aus eigener Erfahrung, daß von den Waffen des Aufstandes nicht der kleinste Teil, ihre Abordnung entließend,

abgegeben worden ist. Auf der hohen interalliierten Kommission liegt die Verantwortung für die ungeluckte Bescheinigung. Die im Reichsstatistikbüro für Deutschland vereinbarten deutschen Parteien sind immer auf dem Boden der Gerechtigkeit geblieben und haben immer wieder den Eudm der hohen interalliierten Kommission verlangt und haben sich niemals, als dieser Schritt praktisch erfolglos blieb, dazu verhalten, diesen verurteilten Anrechnungen aus folgen. (Ich verweise auf meine eigenen Telegramme und auf das eigene Telegramm der deutschen Parteien an General Perard vom 31. August und 5. September.)

Seitdem am 9. September, wurde der Postfachminister Wälder in Schwelmitz Kreis Wälder ernannt. Am 21. August hatten drei Reichsbeamte, ein Landwirt, ein Reichsstatistikbürobeamter und ein Schreiber, den Standorten am Oker. Tausende von Häftlingen irren in der Fremde umher und können nicht wagen, heimzukehren, mehrere, die es gewagt hatten, bestrafen es mit dem Tode.

Warum diese Darlegungen? Um gegenüber dem hochwürdigen Rufus von Korten vom 5. September laut vor aller Welt die wunderbare Selbsttötung und die übermäßige Schuld des deutschen Volkes in Oberbefehlshaber festzustellen. Ohne Selbsttötung eine Oberbefehlshaber im Unterfeld zu sein.

Brüder, unter Euch ist kein. Wir weigern uns, den Bescheinigungen die Pflicht unter Sicherung von Leib und Leben abzunehmen. Es ist wahr, daß alle äußeren Erwartungen getrogen haben. Unsere Zukunft ist immer die Kraft der Gerechtigkeit unserer Sache. Wäge daher niemand aus unheimlicher Macht durch Unbarmherzigkeit die Schärfe unserer Waffen abzulösen.

Kamenew als Schieber und Fälscher bezeichnet.

Amsterd., 16. Septbr. „Telegraf“ meldet aus London: Die Downing Street ließ der Presse eine ausführliche Erklärung zugehen. Darin wird hervorgehoben, daß die Regierung Beweise für die Teilnahme Kamenew am Verkauf der Diamanten in Händen habe. Er teilte seiner Regierung mit, daß er für 40 000 Pfund Diamanten erkaufte und dieses Geld dem „Daily Herald“ überreichte. Diese Summe von 40 000 Pfund aufzubringen zum Teil durch Verkauf anderer Diamanten. Davon wollte er 10 000 Pfund dem Blatt „Daily Herald“ ausshändigen. Die Beziehung geschah in Bankstellen, die durch die Hände des Sohnes von Lansdowne, des Chefredakteurs, gingen.

Die Regierung erklärt außerdem, daß Kamenew die Waffensstillstands-Bedingungen seiner Regierung für Polen dadurch a Sanderte, daß er in ihnen die Stelle negierte, daß die Samtregierung auf der Bewaffnung der polnischen Arbeiter unter Kontrolle von Vertretern der Gemerkschaften zu stehen und Polen verlassen habe, was Kamenew durch das fälschbar unglückliche Wort „Bergemining“ erzielte, da er wohl wußte, daß die wesentlichen Bedingungen, die von der Samtregierung gestellt wurden, den Widerstand der englischen Gemerkschaften hervorgerufen würden.

Die britische Regierung drückt ihr Bedauern darüber aus, daß sie diese Tatsachen veröffentlichte mußte. Kamenew brach jedoch deutlich sein Verprechen, sich in England weder direkt oder indirekt Propaganda zu entfalten, und die Erklärungen, die er bei seiner Abreise abgab, seien i r e r l i c h e n d, daß die Regierung zu diesen Unternehmungen gezwungen sei.

Krafn's Geschäfte.

Amsterd., 16. Septbr. (Drahtnachricht.) Dem „Daily Telegraph“ zufolge handelt es sich bei den von anderer Seite gemeldeten Handelsabschlüssen Krafn's Beziehung einer Stilllegung im Werte von einer Million Pfund Sterling mit vier hiesigen Firmen und Spekulationen privater Kaufleute. Man spricht von großen persönlichen Gewinnen.

Vor neuen polnischen Aktionen in Oberbeselien.

Amsterd., 16. September. Nach den letzten Meldungen aus Oberbeselien mehren sich dort die Anzeichen für die in der deutschen Note an General Perard erwähnte unmittelbare bevorstehende polnische Aktion. Die Polen erklären ganz offen, daß sie innerhalb zwei Wochen ganz Oberbeselien seit in der Hand haben werden. Die polnischen Strubnarbeiter drohen mit einem neuen Streik, der schon in den nächsten Tagen ausbrechen soll und der wahrscheinlich mit den angeführten polnischen Partisanen zusammenhängt. Die Entfremdung des den Polen unbekanntem italienischen Militärs wird öffentlich in Versammlungen geäußert.

Berlin, 16. September. In der heutigen Sitzung des Reichspräsidentenrats der Reichssozialisten wurde ein Antrag aller Parteien wegen der oberbeselischen Frage einzubringen, der gleichzeitig mit einem weiteren gemeinsamen Antrag wegen der Vorgänge im Saargebiet morgen auf die Tagesordnung gesetzt werden soll.

Schwere Niederlage der Polen.

Seligstadt, 16. Septbr. (Eigene Drahtnachricht.) Ein Funkpruch aus Moskau meldet, daß Tschichow an Sitnow in Christiana folgendes Radiotelegramm geschickt hat: Die fremden Radikationen sahen fort, Berichte über eine angelegliche Niederlage der Armee Subjuni durch die Polen zu verbreiten. Wir erklären jetzt offiziell, daß diese Armee ihre Aufgabe voll erfüllt hat und daß Kamerad Subjuni, wie es seine Gemisheit ist, einen vollen Erfolg erzielt hat. In dieser Operation hat die Armee Subjuni die politische Arbeiter der Kubanbrigade in völkische Plünder geschlagen. Die politische Kubanbrigade hat ebenfalls schwere Verluste erlitten. Das 43. Regiment der polnischen Legionäre ist völlig auf seine alten Stellungen zurückgeworfen worden.

Die Volkswirtschaften in Kiew.

Kiga, 16. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Volkswirtschaftliche Zeitungen melden, daß nach der Wiedereroberung Kiew durch die Volkswirtschaft der Bevölkerung der Stadt eine Kontribution von 500 Millionen Rubel auferlegt worden sei. Das Eigentum der geschlachten Personen wurde beschlagnahmt. Die Arbeitlosen wurden mobilisiert und die Kiew in Kiew befindlichen Interzessionen und jersischen Kriegesgefangenen, die aus Zentralrussland hierher gebracht worden sind, wurden vom Samtminister Polibisch aufgegeben, sich in die Listen der internationalen Regimenter einschreiben zu lassen. Wie es heißt, sollen diese Regimenter nach Disziplin gebracht werden.

Ein deutscher Kohlenzug entgleist.

Paris, 16. Sept. Die „Reit Journal“ meldet, ein von Deutschland kommender Kohlenzug in der Nähe von Compiègne entgleist. Es wurde bedeutender Schaden angeichtet und der Zugverkehr nach beiden Seiten durch die beunruhigten Kohlenminen gehindert.

